

347838-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – BLB NRW Köln / Hauptgebäude Universität Bonn, Interim-Hörsäle im Koblenzertorflügel, Technische Ausrüstung Anlagengruppe 4, 5, 6
OJ S 113/2024 12/06/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: BLB NRW Köln / Hauptgebäude Universität Bonn, Interim-Hörsäle im Koblenzertorflügel, Technische Ausrüstung Anlagengruppe 4, 5, 6

Beschreibung: Umbau und Instandsetzung des Koblenzertorflügels für die Interimnutzung der Hörsäle. Das Hauptgebäude der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn soll kernsaniert und der universitäre Betrieb gänzlich neu strukturiert werden. Derzeit wird der Gebäudekomplex von der Universitätsverwaltung sowie drei geisteswissenschaftlichen Fakultäten und dazugehörigen Instituten genutzt und beherbergt hauptsächlich Büro- bzw. Mitarbeiteräume, Hörsäle, Seminar- und Versammlungsräume, Bibliotheken, Museumsflächen, eine Aula und die frühklassizistische Schlosskirche. Der zukünftige Flächenbedarf der verschiedenen universitären Nutzungen wird im Hauptgebäude und in zusätzlichen Gebäuden neu verortet und organisiert. Während den Sanierungsmaßnahmen des Hauptgebäudes sind für den fortlaufenden Betrieb der Universität Bonn Interims erforderlich. In der heutigen Form besteht das Hauptgebäude der Universität aus dem vierflügeligen, dreigeschossigen Hauptflügel, dem zweigeschossigen Kaiserplatzflügel, sowie dem Ostflügel. Dieser lässt sich in den zweigeschossigen Stocktorflügel mit Appendix und den daran anschließenden dreigeschossigen Koblenzertorflügel gliedern. Im Koblenzertorflügel sollen die Hörsäle während der Sanierungsmaßnahme als Interim verortet werden. Erbaut wurde der Koblenzertorflügel im 18. Jahrhundert in der Zeit des französischen Barocks. Trotz Zerstörung im 2. Weltkrieg blieben insbesondere Außenwände und die Gewölbedecke im Tor über der Durchfahrt erhalten. Alle Geschossdecken, Treppen, Innenwände und Dächer, sowie Teile der Außenwände wurden in den 1950er Jahren neu errichtet. Die Flächen des Koblenzertorflügels belaufen sich insgesamt auf ca. 10.832 m² BGF. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Neben den Interim-Hörsälen mit der für die Nutzung erforderlichen Arbeitsräume, Sanitäranlagen, Lagerräume und Teeküchen, sollen auch Räumlichkeiten für das Universitätsmuseum Bonn entstehen. Darüber hinaus ist der Einbau von zwei Personenaufzugsanlagen vorgesehen. Da die Kernsanierung des Hauptgebäudes maßgeblich von der Auslagerung der Hörsäle abhängt, liegt ein wesentliches Projektziel in der zügigen Realisierung der Maßnahme. Die Umbaumaßnahmen sollen im September 2026 beginnen und vor Baubeginn der Kernsanierung des gesamten

Hauptgebäudes im November 2028 abgeschlossen sein. Im Fokus steht zudem ein zukunftsfähiges, denkmalgerechtes und ressourcenschonendes Umbaukonzept für die Hörsaalnutzung, auch im Hinblick auf den nachfolgenden Nutzungsbedarf. Die Leistungen der Technischen Ausrüstung, der Objektplanung sowie der Tragwerksplanung sollen mit Building-Information-Modeling erbracht werden. Hierzu wurde bereits ein Bestandsaufmaß (3D-Laserscan / 3D Revit-Modell) angefertigt. Für diese Baumaßnahme wird keine Zertifizierung nach BNB gefordert. Jedoch wird für die Gesamtmaßnahme Kernsanierung Hauptgebäude Universität Bonn eine BNB-Zertifizierung "Silber" angestrebt. Hierfür sollen wesentliche Ziele bereits bei der Umbaumaßnahme für die Interim-Hörsäle des Koblenzertorflügels berücksichtigt werden. In Einklang mit dem Denkmalschutz sollen im Rahmen der Gesamtmaßnahme die Ziele eines Effizienzhaus 55 verfolgt werden.

Kennung des Verfahrens: 4b94300a-e56e-4626-af67-6843baf9282b

Interne Kennung: 025-24 - 00307

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hauptgebäude Universität Bonn (Koblenzertorflügel) Regina-Pacis-Weg 5-7

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXS7YYXY1GHK6DEJ 1. Die geforderten Erklärungen sind mit den geforderten Nachweisen gemäß § 53 VgV ausschließlich elektronisch in Textform über die Teilnahmeantrags- /Angebotsfunktion der Vergabepattform zu übersenden. Der Teilnahmeantrag muss dort bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge eingegangen sein. Bei Nichtvorliegen des Teilnahmeantrages erfolgt der Ausschluss. Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen. Bei fremdsprachigen Unterlagen sind beglaubigte Übersetzungen in die deutsche Sprache beizufügen. 2. Die Kommunikation in diesem Verfahren ist ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform zulässig. Kommunikation über andere Medien ist nicht zulässig und wird - aus Gründen der Verfahrensfairness - nicht beantwortet. Bewerberfragen sind bis zu 6 Kalendertage vor der Abgabefrist zu stellen. Spätere Fragen sind zwar nicht ausgeschlossen, Bewerber haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass solche Fragen noch vor Ablauf der Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags beantwortet werden. 3. Wird der Auftrag einer Bieter- bzw. Bewerbergemeinschaft erteilt, so ist diese in eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter zu überführen. 4. Bei Bewerbergemeinschaften hat jedes Mitglied die gemäß den Vorgaben des Bewerberbogens vom Bewerber geforderten Erklärungen und Nachweise jeweils für sich vorzulegen. Soweit der Bewerber den Einsatz von Unterauftragnehmern für wesentliche Leistungen beabsichtigt, sind auch für diese die Erklärungen und Nachweise gemäß den Vorgaben des Bewerberbogens vorzulegen. 5. Der Bewerber oder Bieter muss ein

Unternehmen, das ein entsprechendes Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, nach schriftlicher Anforderung ersetzen. 6. Der Auftraggeber behält sich vor, - sofern gesetzlich zulässig - fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern und/oder die Eigenerklärungen durch die Vorlage von geeigneten Nachweisen zu überprüfen. Hierzu sind nach Anforderung der Vergabestelle die angeforderten Unterlagen innerhalb einer von der Vergabestelle vorzugebenden Frist vorzulegen. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Nachforderungen zu stellen. 7. Bei der Auftragsbearbeitung sind für die Verarbeitung personenbezogener Daten die Bestimmungen zum Datenschutz, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten. 8. Die Vorgaben des TVgG NRW zu den Bereichen Mindestlohn und Tariftreue, sind zwingend zu berücksichtigende Ausführungsbedingungen i. S. v. §§ 128 Abs. 2 i. V. m. 129 GWB. Die besonderen Vertragsbedingungen werden Bestandteil des Vertrages. 9. Hingewiesen wird auf die Korruptionspräventionen, denen sich der BLB NRW unterworfen hat; diese finden sich unter: http://www.blb.nrw.de/BLB_Hauptauftritt/Compliance/. Einem rechtskonformen Handeln unterwirft sich auch der Bewerber / Auftragnehmer. 10. Hinweis - Auszug aus dem Wettbewerbsregister Der BLB NRW ist als öffentlicher Auftraggeber gesetzlich verpflichtet, ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR netto über den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Wettbewerbsregistergesetzes einzuholen. Für die Abfrage beim Bundesamt für Justiz werden bestimmte Daten benötigt, die dem BLB NRW teilweise nicht vorliegen und daher abgefragt werden müssen. Die Einholung einer Auskunft aus dem Wettbewerbsregister erfolgt nur im Hinblick auf den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll oder sofern im Hinblick auf die Eigenerklärungen zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB Zweifel an deren Richtigkeit bestehen und diese Zweifel mit der entsprechenden Abfrage ausgeräumt werden können. Im Sinne des Datenschutzes ist die Angabe der Daten entsprechend dem Formblatt mit dem Angebot nicht erforderlich. Die Angaben können jedoch freiwillig erfolgen. Ob die Angabe mitsamt dem Angebot erfolgt, hat keinen Einfluss auf die Bewertung des Angebots. Wenn Sie die Angabe bereits mit dem Angebot machen wollen, bitten wir zur Gewährleistung der Vollständigkeit der Daten, das beigefügte Formblatt zu verwenden. Hingewiesen wird auch auf die Zuschlagskriterien aus der Matrix: Vorgehen im ausgeschriebenen Projekt 25 % Projektablauf/Projektorganisation im ausgeschriebenen Projekt 5 % Erläuterungen zur Kostenplanung und -steuerung am ausgeschriebenen Projekt 11 % Erläuterungen zur Terminplanung und -steuerung am ausgeschriebenen Projekt 13 % Erläuterungen zur Qualitätssteuerung am ausgeschriebenen Projekt 11 % Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals 5 % Angebot 30 %

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe
nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen
Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:
Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw.
fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende
bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende
bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative
Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach
§§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§
123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126
GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: BLB NRW Köln / Hauptgebäude Universität Bonn, Interim-Hörsäle im Koblenzertorflügel,
Technische Ausrüstung Anlagengruppe 4, 5, 6
Beschreibung: Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5, 6,
Leistungsphasen 1 bis 9.
Interne Kennung: 025-24 - 00307

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und
Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hauptgebäude Universität Bonn (Koblenzertorflügel) Regina-Pacis-Weg 5-7

Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Berufs- /Betriebshaftpflichtversicherung

Eigenerklärungen bezüglich des Bestehens oder des Abschlusses einer

Berufshaftpflichtversicherung Mindestanforderung: Die Versicherung ist während der

gesamten Vertragszeit zu unterhalten und nachzuweisen. Die Deckungssummen dieser

Versicherung müssen je Schadensfall mindestens betragen: Für Personenschäden mind. 3

Mio. Euro, für sonstige Schäden mind. 3 Mio. Euro. Die Deckungssummen müssen in jedem

Versicherungsjahr bei natürlichen Personen zumindest zweifach, bei juristischen Personen

zumindest dreifach zur Verfügung stehen. Die Erklärung des Versicherers muss dem

Teilnahmeantrag beigelegt werden. - Angabe des Netto-Umsatzes Technische Ausrüstung der

letzten drei Geschäftsjahre. - Angabe zu wirtschaftlichen Verknüpfungen. - Angabe der

durchschnittlichen Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren qualifizierten

Mitarbeiter, d.h. Ingenieure/Architekten, welche im Bereich der Technischen Ausrüstung

Anlagengruppe 4, 5 und 6 tätig sind. Sofern der Bewerber sich bei der Einreichung von

Nachweisen zu Umsätzen / Arbeitskräfte auf Nachunternehmer/Unterauftragnehmer beruft,

sind von diesen einzureichen: - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer - bei

Eignungslleihe zusätzlich Bewerberbogen des eignungsleihenden Unternehmens.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestanforderung: Eigenerklärung über das

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB Eigenerklärung zur

VERORDNUNG (EU) 2022/576 DES RATES vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung

(EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die

Lage in der Ukraine destabilisieren (Art. 5k EU-VO Nr. 833/2014) Für die Einreichung des

Teilnahmeantrags sind der den Vergabeunterlagen beigefügte Bewerberbogen und Formblätter zu verwenden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt oder Beratender Ingenieur/ Ingenieur zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder als Beratender Ingenieur/ Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Architekten oder Beratenden Ingenieur/ Ingenieurin benennen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen Gefordert werden Referenzen der Technischen Ausrüstung mit folgenden Mindestanforderungen: Es müssen Referenzen der Technischen Ausrüstung nachgewiesen werden, bei denen mindestens die Leistungsphasen 2 bis 5 (Vorplanung bis einschließlich der abgeschlossenen Ausführungsplanung) in den letzten fünf Jahren (01.03.2019-31.04.2024) erbracht worden sind. Darüber hinaus müssen folgende Mindestanforderungen erfüllt werden: - zwei Referenzen für die Planung der Anlagengruppe 4 und 5 über die Leistungsphasen LPH 1 bis 8. Die Baukosten müssen in jeder dieser Referenzen in den KGR 440 + KGR 450 über 2,0 Mio. EUR brutto betragen. - eine Referenz für die Planung der Anlagengruppe 6 über die Leistungsphasen LPH 1 bis 8. - eine Referenz der Anlagengruppe 4 und 5 im denkmalgeschützten Bestand, mindestens jedoch für ein Bestandsgebäude. - eine Referenz zu einer ausgeführten Planung für einen öffentlichen Auftraggeber. Für den Nachweis der Referenzen sind die Referenzblätter im Bewerberbogen vollständig auszufüllen. Die Wertung erfolgt nach der in den Vergabeunterlagen beigefügten Bewertungsmatrix aufgeführten Kriterien.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 28/06/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://evergabe.blb.nrw.de/Vergabe/notice/CXS7YYXY1GHK6DEJ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://evergabe.blb.nrw.de/Vergabe/notice/CXS7YYXY1GHK6DEJ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/07/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 81 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG weist des Weiteren darauf hin, dass er sich das Recht vorbehält, Aufklärungen nach § 15 Abs. 5 VgV sowie Nachforderungen bezüglich fehlender, fehlerhafter oder unvollständiger leistungsbezogener und unternehmensbezogener Unterlagen, die nicht die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, nach § 56 Abs. 2 VgV vorzunehmen. Die Bieter haben ausdrücklich kein Recht auf die Durchführung einer Aufklärung oder Nachforderung im oben genannten Sinne. Die Vergabestelle wird die vergaberechtlichen Grundsätze - insbesondere Gleichbehandlung und Transparenz - stets angemessen berücksichtigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Wird der Auftrag einer Bieter- bzw. Bewerbungsgemeinschaft erteilt, so ist diese in eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter zu überführen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland, c/o Bezirksregierung Köln·

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb von zehn Kalendertagen nach Absendung der Information per Fax oder auf elektronischem Wege bzw. 15 Kalendertagen nach einer

Versendung mit anderen Kommunikationsmitteln gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW - Justizariat

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Registrierungsnummer: 05111-32003-71

Postanschrift: Domstr. 55-73

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50668

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf und Vertragsmanagement

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Registrierungsnummer: 05111-32003-71

Postanschrift: Domstr. 55-73

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50668

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf und Vertragsmanagement

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 0

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW - Justizariat

Registrierungsnummer: 05111-32003-71

Postanschrift: Mercedesstr. 12

Stadt: Düsseldorf

Postleitzahl: 40470

Land, Gliederung (NUTS): Düsseldorf, Kreisfreie Stadt (DEA11)

Land: Deutschland

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 21161700174

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland, c/o Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: t:02211473055

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 221-1472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Registrierungsnummer: 05111-32003-71

Postanschrift: Domstr. 55-73

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50668

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf und Vertragsmanagement

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 0

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ca7fa440-1a8c-44d1-935d-995be82ba522 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/06/2024 16:03:19 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 347838-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 113/2024

Datum der Veröffentlichung: 12/06/2024